

chen europäischen Hirten, für progressive Positionen stark.

Täglich ab neun Uhr diskutierten während der Sitzungswochen Kardinäle und Bischöfe im Petersdom. Die Kathedrale war für die Versammlung eigens umgestaltet worden. Es gab eine große Konzilaula, in einem Seitenflügel war sogar ein Café aufgebaut. Voller Bewunderung berichtete Ratzinger seinen Bonner Studenten, was geschah, wenn sein Chef Frings als Anführer des Reformlagers in geschliffenem Latein das Wort ergriff: Die Eminenzen ließen dann ihren Espresso stehen und strömten in großer Zahl an ihre nummerierten Plätze. „Trotz des amtlichen Beifallverbots“ habe es lebhaften Applaus gegeben.

Vieles, was Ratzinger damals aus Rom berichtete, würde heutigen Katholiken in Deutschland aus dem Herzen sprechen. Engagiert wandte er sich dagegen, dass „all die vielen neuen Fragen, die die Zeit der Kirche stellt, wieder einmal mehr oder weniger beiseite“-geschoben würden. Es dürfe keine „Bestätigung vorgefasster Beschlüsse“ geben. Denn dies würde „der notwendigen Erneuerung der Kirche mehr schaden als nützen“.

1963 sprach der rebellische Theologe noch von der „hemmungslosen Neurose des Antimodernismus“ in der Kirche, einer Krankheit, die mit dem Konzil endlich „ihrer Überwindung entgegenzuziehen“ scheine.

Die Gesellschaft jedoch bewegte sich schneller als die Kirche. Die Pille kam während des Konzils in den USA auf den Massenmarkt, und mit ihr begann ein Wandel der Sexualität.

Am 8. Dezember 1965 endete das Konzil, der neue Papst, Paul VI., erlaubte keine Debatte mehr über Themen wie Zölibat, Geburtenkontrolle oder Frauen in der Kirche. Statt neuer Reformen gab es eine Enzyklika gegen die Antibabypille.

Auch Ratzinger wandte sich von den Reformern und ihren Ideen ab. In seinen Texten tauchte ab 1964 jenes Zaudern auf, das ihn für den Rest seines Lebens mehr und mehr bestimmen sollte. Er klagt, dass das von den Medien geschaffene Klima der Sensation rund um das Konzil „wie auch die Unruhe, die sich darob vielfach der Gläubigen“ bemächtigt habe, „nicht die rechten Voraussetzungen für eine ruhige Debatte“ biete.

Große Ernüchterung prägt schließlich seinen Konzilrückblick von 1965. Erneuerung, bemängelt er darin, werde „da und dort mit Verwässerung und Verbilligung des Ganzen verwechselt“. Die Modernität dürfe kein Maßstab allen Tuns werden: „Dies alles sind wirkliche Gefahren.“

In einer in Vergessenheit geratenen Rede zum Katholikentag 1966 bittet er die deutschen Katholiken nur noch um eins: Geduld, Mäßigung und Zügelung des Reformeifers.

PETER WENSIERSKI

BILDUNG

Occupy Seifhennersdorf

In Sachsen rebellieren Eltern gegen eine Schulschließung. Mit Hilfe von Rentnern und einer Lehrerin aus Tschechien organisieren sie den Unterricht selbst.



Elternwache in Seifhennersdorf
„Wir lassen uns nicht abwickeln“

In der vierten Woche des Elternaufstands von Seifhennersdorf spricht Karin Berndt, die Bürgermeisterin, erstmals von „Krieg“. Die sächsische Regierung will die Mittelschule in ihrem Ort schließen lassen. Dagegen protestieren Berndt und Eltern aus der Gemeinde. Und zwar so hartnäckig, dass die sächsische Kultusministerin Brunhild Kurth im Dresdner Landtag erklärt, die Eltern aus Seifhennersdorf seien eine Gefahr für das „friedliche Zusammenleben“. Die Kriminalpolizei ermittelt. „Sachsen hat uns den Krieg erklärt“, sagt Karin Berndt.

Seifhennersdorf ist eine Kleinstadt mit 4000 Einwohnern an der deutsch-tschechischen Grenze, seit nunmehr einem Monat wird die Mittelschule dort besetzt. Die Besetzer sind Eltern aus dem Ort, die nicht hinnehmen wollen, dass der Freistaat Sachsen ihre Schule für überflüssig hält. Und da die Landesregierung keine neuen Lehrer mehr schickt, regeln die Eltern den Unterricht nun selbst.

„Seht her, Kinder!“, ruft Heinz Kappler, der Kunstlehrer, und zeichnet mit zitt-

riger Hand ein Gebäude an die Tafel. „Das ist unsere Schule. Und das“, er deutet auf die Wolken darüber, „ist das Unheil, das sich über unseren Köpfen zusammenbraut“. Kappler ist Rentner, 77 Jahre alt, mit schütterem Haar und gelegentlichen Kreislaufproblemen. Zum letzten Mal hat er 1992 unterrichtet.

Seit der Wende sind rund ein Drittel der Bürger aus Seifhennersdorf weggezogen. Als mehr und mehr Polizisten aus der Region abberufen wurden und die Kriminalität stieg, gründeten Unternehmer eine Bürgerwehr. Die Menschen müssen ihre Angelegenheiten selbst regeln, denn die Politik hat Seifhennersdorf aufgegeben. So sehen die Leute das hier.

„Die Regierung in Dresden betreibt aktive Sterbehilfe“, sagt Bürgermeisterin Berndt. Sie sagt, sie versuche den Niedergang der Gemeinde zu bremsen. Wer mit ihr durch den Ort fährt, versteht, was sie meint. Fabriken sind stillgelegt, Geschäfte geschlossen, Häuser stehen leer. Nun soll noch die Mittelschule weichen.

38 Schüler wurden in diesem Schuljahr für die fünfte Klasse gemeldet, 2 weniger, als es das sächsische Schulgesetz als Mindestgröße eines Jahrgangs festlegt. Das Kultusministerium hat deshalb den Jahrgang gestrichen und will bald die gesamte Schule auflösen. Es gehe darum, das Recht einzuhalten, sagt die Regierung. Es gehe um ihre Kinder, sagen die Eltern.

Sie haben eine Tschechin als Englischlehrerin angeheuert und einen Judo-Trainer für den Sport, ansonsten helfen vor allem Rentner aus. „Wir sind voll im Lehrplan“, sagt Elternsprecher Herbig.

Vor der Schule schieben die Väter und Mütter Wache. „Wir lassen uns nicht abwickeln“, sagt eine Besetzerin. Die Eltern wollen verhindern, dass die Polizei das Gebäude stürmt und ihre Kinder nach Hause schickt. Denn der Protest-Unterricht verstößt gegen das Gesetz.

Das Oberverwaltungsgericht Bautzen hat entschieden, dass den Schülern zuzumuten sei, auf Schulen im Umland verlegt zu werden. Die Eltern behaupten, das lange Busfahren am Morgen würde die Kinder krank machen, es dauere eine Dreiviertelstunde. Außerdem seien die Schulen im Umland überfüllt und zum Teil in erbärmlichem Zustand. Von der Politik fordern sie deshalb eine „Sondergenehmigung“ für ihre Schule.

Das Kultusministerium will sich darauf nicht einlassen. Was, wenn sich andere Gemeinden melden, deren Lehranstalten geschlossen werden sollen? Regierung und Behörden versuchen deshalb mit vereinter Kraft, die Proteste zu unterbinden. Die Kommunalaufsicht schrieb an die Bürgermeisterin. Den Eltern wurde mit Geldstrafen gedroht. Noch schreckt man in Sachsen davor zurück, die Schulpflicht mit der Polizei durchzusetzen.

MAXIMILIAN POPP